

Der Kampf um die EPU

Ein-Personen-Unternehmen sind die am stärksten umworbene Gruppe bei der Wirtschaftskammerwahl. Große Auswirkungen wird das aber nicht haben.

Von Jakob Arnim-Ellissen

Es wird tief gestapelt im Wirtschaftskammer-Wahlkampf. Kurz vor dem Wahltermin am Ende des Monats unterbietet sich die Opposition in ihren Zielsetzungen gegenseitig. „Wir wollen zulegen“, heißt es etwa aus dem sozialdemokratischen SWV und dem Ring freiheitlicher Wirtschaftstreiber. Die Grüne Wirtschaft will dem übermächtigen ÖVP-Wirtschaftsbund „ein Stück“ abnehmen. Und der zum ersten Mal antretende Neos-Ableger Unos erklärt: „Jedes pinke Mandat ist ein Schritt zur Erneuerung.“

Dabei hätten die Oppositionsfraktionen diesmal durchaus Chancen auf ein kräftiges Plus. Der Grund: Die wachsende Bedeutung der Ein-Personen-Unternehmen (EPU) in der Wirtschaftskammer (WKO). Deren Anteil ist auf einen Rekordstand angewachsen. Die rund 267.000 EPU stellen mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten und hätten gemeinsam mehr Stimmen, als bei der Wahl 2010 insgesamt abgegeben wurden.

„Die EPU sind ein schlafender Riese mit einem großen Potenzial für alle Fraktionen“, sagt Politologe Thomas Hofer. Die haben darauf auch längst reagiert und setzen im Wahlkampf allesamt auf die große Gruppe der Kleinunternehmer. Doch deren tatsächlicher Einfluss auf die Kammerwahl ist aus mehreren Gründen begrenzt.

Mobilisierung. Zuallerst ist die grundsätzlich niedrige Wahlbegeisterung der Unternehmer (die Beteiligung lag 2010 bei nur 49 Prozent) bei den EPU besonders schwach ausgeprägt. „So groß die Gruppe auch ist, so schwierig ist, sie zu mobilisieren“, sagt Hofer. Schuld daran sei vor allem die mangelnde Organisation. Aber auch die großen Unter-

57 %

aller Wahlberechtigten in der Wirtschaftskammer sind heute bereits EPU. Tendenz steigend.

267.000

sind es insgesamt und damit mehr, als bei der letzten WK-Wahl gewählt haben.

222.400

Mitglieder haben vor vier Jahren ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung lag bei 49 Prozent.

schiede zwischen den vielen Selbstständigen machen diese zu einer nur schwierig ansprechbaren Wählergruppe: „Ich bezweifle, dass sich zum Beispiel eine slowakische Pflegerin überhaupt für diese Wahl begeistern lässt“, so Hofer.

Dazu kommt das kaum durchschaubare Wahlsystem, mit dem die 8.905 Mandate in den 857 Fachgruppen vergeben und die zehn Wirtschaftsparlamente besetzt werden. Hier gilt nicht das Prinzip „Ein Unternehmen, eine Stimme“, sondern eine äußerst komplizierte Gewichtung, die auf die wirtschaftliche Bedeutung der verschiedenen Branchen Rücksicht nehmen soll und in der heutigen Form aus dem Jahr 2005 stammt.

Die geballte Kraft von Hunderttausenden EPU ist alleine dadurch deutlich weniger Mandate wert als die vergleichsweise wenigen Stimmen aus den Wirtschaftsbund-dominierten Banken- und Industriesektoren. Selbst eine deutliche Erhöhung der Wahlbeteiligung würde sich auf die Mandate nur sehr beschränkt auswirken, sagt Hofer.

Die Chancen der Opposition werden schließlich auch noch durch die hohen Antrittshürden der Wahl beschränkt. Der enorme bürokratische Aufwand ist für den mit Abstand am besten organisierten Wirtschaftsbund ein unschätzbare Vorteil.

Übermacht. So bringt es die Grüne Wirtschaft österreichweit nur auf 1.400 Kandidaten in 423 Fachgruppen, musste dafür laut Spitzenkandidat Volker Plass aber rund 600 Formulare ausfüllen. Der Wirtschaftsbund tritt alleine in Salzburg mit 1.600 Kandidaten an. Noch schlechter als für die Grünen lief es für die Unos. Sie sind mit gerade einmal 300 Kandidaten vertreten und



UNANGEFUCHTEN. WK-Präsident Christoph Leitl (Mitte, im Bild mit Vertretern der Sozialversicherungsanstalt) muss sich über das Wahlergebnis keine großen Sorgen machen. Die komfortable Mehrheit ist ihm sicher.



haben nur in Wien realistische Chancen auf den Einzug in das Wirtschaftsparlament.

Trotzdem hofft die Opposition, dem Wirtschaftsbund mithilfe der EPU zumindest kleine Stiche versetzen zu können, und zeigt sich hoffnungsvoll, dass die Mobilisierung diesmal besser klappt. „Wir haben erreicht, dass die Wahl bei den EPU zum Thema geworden ist“, so SWV-Spitzenkandidat Fritz Strobl. „Das Interesse ist größer als je zuvor.“

Das wohl wichtigste Ziel ist dabei, die schwarze Absolute in Wien zu brechen. Eine Mammutaufgabe ist das bei näherem Hinsehen freilich nicht: Bei der Wahl 2010 hatte der Wirtschaftsbund in Wien gerade noch 50,3 Prozent. Schon bei einem minimalen Stimmenverlust wäre die absolute Stimmenmehrheit also dahin. Das Zünglein an der Waage könn-

PROMINENT. Die sozialdemokratische Fraktion wirbt mit TV-Physiker Werner Gruber. Der angekündigte Urknall dürfte aber ausbleiben.

ten dabei ausgerechnet die wenigen Kandidaten der Unos sein.

Von einem Bruch der absoluten Mandatsmehrheit traut sich in der Opposition angesichts des mehrheitsfördernden Wahlrechts (mit dem eine Absolute schon bei etwa 45 Prozent möglich ist) hingegen sowieso niemand zu sprechen. Zumindest einen symbolischen Wert hätte ein schwarzes Wien-Ergebnis unter 50 Prozent für die Opposition aber. Immerhin hält der Wirtschaftsbund auch in allen anderen Bundesländern absolute Mehrheiten – teilweise mit einem äußerst komfortablen Polster weit jenseits der 70 Prozent.

Kannibalen. Der gemeinsame Fokus auf die EPU birgt allerdings noch eine weitere Gefahr. Vor allem der rote SWV und die Grüne Wirtschaft drohen sich gegenseitig Stimmen wegzunehmen – zum Vorteil des Wirtschaftsbundes. Ein Kannibalisierungseffekt ist da nicht ausgeschlossen.

So gibt es dann doch deutliche Abgrenzungsversuche, auch wenn der gemeinsame Reformwille in der Opposition stets betont wird. „Es ist die schwarze Bundesregierung, die den EPU das Leben so schwer macht. Den SWV kann man da nicht ausnehmen“, sagt der Grüne Volker Plass. Unos-Landeskordinatorin Marie-Therese Jutz verweist wiederum auf den hohen Anteil von Unternehmern bei den Neos: „Wir sind die Wirtschaftspartei. Von den Roten oder Grünen kann man das nicht sagen.“

Währenddessen kann es sich der Wirtschaftsbund weiterhin auf seiner gut abgesicherten Mehrheit bequem machen. Dass er bei dieser „Organisationswahl“ (Experte Hofer) drastisch verliert, ist so gut wie ausgeschlossen. Und die EPU dürfen sich zumindest noch zwei Monate lang über die erhöhte Aufmerksamkeit aus jener Kammer freuen, in der sie ansonsten kaum repräsentiert sind. |